

Aus Briefen von Wilhelm Wundt an seinen Sohn Max

Die Umwälzung von außen gesehen ist in der Tat ungeheuer, und sie hat sich in wenig Tagen vollzogen: Das Reich existiert nicht mehr, so weit es noch existiert ist es Republik, die Einzelstaaten sind ebenfalls Republiken geworden, in denen die bedeutendsten Städte noch einmal Sonderrepubliken bilden. Eine bedenkliche Seite ist es vielleicht, daß die Zuspaltung zwischen den sozialdemokratischen Parteien gerade in diesen Teilrepubliken sich geltend machen. So steht z. B. Berlin auch als Stadt unter der Herrschaft der ehemaligen sozialdemokratischen Mehrheit, Leipzig dagegen wird von den Unabhängigen regiert (Gruppe Haack), Geyer usw.). Daneben kämpft noch eine dritte, radikale Gruppe um die Herrschaft, hat es aber zu einer solchen noch nicht gebracht, das ist die sogenannte Spartacus-Gruppe, die den Bolschewiki ziemlich ähnlich sein dürfte. Ich glaube jedoch nicht, daß sie sich durchsetzen wird.

Überhaupt glaube ich, daß der Umsturz von außen gesehen viel gefährlicher scheint, als es wirklich ist. In der Nähe verlaufen die Dinge vorläufig so ruhig wie früher, und wenn die Leute von der Sorte der jetzigen Regierung das Heft in der Hand behalten, so können wir hoffen, daß diese politische Umwälzung eher zur Ermäßigung als zur Verschärfung der Friedensbedingungen in dem künftigen Frieden beiträgt...

Im Übrigen kannst Du versichert sein, daß es uns gut geht, und daß wir uns bereits in den Gedanken einer Republik angehörten - was mir ja schon einmal in meiner frühen Jugend zuteil geworden ist - schon zureichend hineingeleitet haben, um ihn mit cooler historischer Objektivität zu betrachten.

(Brief vom 14. II. 1918)

Am 6. November 1918 berichtete die „Leipziger Volkszeitung“ unter der Schlagzeile „Die Revolution marschiert“ vom Sieg der Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Kiel, Hamburg, Lübeck und anderen Städten. Auch die Vertreter der Spartakusgruppe, in Leipzig unterstützt von der sozialistischen Arbeiterjugend und den linken Kräften innerhalb der USPD, riefen die Werktätigen der Messestadt für den 7. November 1918, den Jahrestag des Beginns der russischen Revolution auf, die Arbeit niederzulegen. Rasch griff die revolutionäre Bewegung um sich und verdrängte sich zum Generalstreik, der zum Sturz der Regierung und schließlich der Monarchie führte.

Provokateur flüchtete

Am Abend des 8. November betreten revolutionäre Soldaten die Wandelhalle der Universität. Sie hatten sich Zutritt verschafft, weil ein Student in seiner Offiziersuniform zum Kolleg erschienen war. Der Aufforderung, den Säbel abzulegen, entzog er sich durch die Flucht in die Wohnung des Kastellans. Die Studenten verließen, vom Vorfall angelockt, umgehend die Vorlesungen und ergriffen die Partei des Provokateurs. Nur eine Minorität der Kommilitonen, die sich in der „Revolutionären Studenten-Gruppe“ zusammenschlossen hatten und von den stud. germ. Eugen Ortner und stud. germ. et theol. Hans Bohla geführt wurde, widersetzte sich diesem Verhalten. Politisch stand diese Gruppe der USPD nahe und teilte mit vielen Mitgliedern dieser Arbeiterpartei mit zentralistischer Führung Illusionen hinsichtlich des leicht erzielenden Sieges und auch deren Unklarheiten über das Wesen der nun zu errichtenden Staatsmacht. Dennoch bewies Ortner und seine kleine Schar Anhänger Mut und Verbundenheit mit den revolutionären Arbeitern und Soldaten. Auf der vom „Akademischen Kulturbund“ in den „Burgkolle“ einberufenen Versammlung zum Thema „Der Student und die politische Lage“ bekannte sich Ortner vor etwa 700 überwiegend konservativen bzw. reaktionären Studenten zur Beseitigung der alten Ordnung und zur Errichtung des Sozialismus. In der Debatte und in der gegen die Stimmen der progressiven Studenten verabschiedeten Entscheidung trat deutlich das taktische Konzept der Mehrheit der Studenten zutage. Dieses hob den „utopischen Charakter der Wissenschaft“ und die absolute Autonomie der Universitas literarum hervor...

Den revolutionsfeindlichen Hochschullehrern und Studenten bot Friedrich Eberts Aufruf „Sorgt für Ruhe und Ordnung“ ebendie Möglichkeit, ihre wahren Absichten versterkungsoffiziell zu tarnen und sich als „Hüter der Ordnung“ hin-



Titelblatt einer Akte mit Beschwerden von Hochschullehrern beim sächsischen Kultusministerium oder beim Rektor über angeblichen „Terror“, in Wahrheit über Mißverständnisse und Lappalien.

Kurze Zeit wehte das rote Banner über dem Augusteum

Wie Studenten und Akademischer Senat auf die Novemberrevolution reagierten

zustellen. Um eine Stabilisierung der revolutionären Kräfte zu verhindern, formulierten sie ihren Standpunkt: „Die jetzt bestehenden Behörden verwalten ihr Amt bis auf weiteres als Treuhänder des deutschen Volkes.“ Ihre weiterreichenden Ziele, zunächst die Räte und dann die eben proklamierte Republik zu beseitigen, versteckten sie hinter den Forderungen nach der „Freiheit der politischen Meinungsäußerung“, der „völligen Gleichberechtigung aller Staatsbürger“ und einer „verfassunggebenden Versammlung, die aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehen sollte.“

Das Gerangel um die rote Fahne

Zudem bedienten sich die dem elitären Denken verhafteten Studenten, nachdem sie bisher alle demokratischen Institutionen verspottet und belächelt hatten, nun des demokratischen Instrumentariums. Sie wählten einen „Studentischen Vertretungsausschuß“. In den Händen kaisertreuer Verbindungen sollte dieses Organ studentisches Selbstverwaltung gegenüber der Arbeiter- und Soldatenräte wirksam werden.

Schließlich schritten diese Studenten zur Tat, nachdem am 28. November Revolutionäre erstmals

über der Universität die rote Fahne aufzogen. Als ein im nationalistischen Ton gehaltenes Protestschreiben von ihnen und Protestschritten des Rektors beim Arbeiter- und Soldatenrat nichts zu ändern vermochten, zerrten Korpsstudenten die Fahne der Revolution im Schutz der Nacht herunter. Magnifizen Hölzer ließ dafür am Morgen des 29. November die der Alma mater Lipsiensis verliehene Fahne des Hauses Wettin aufziehen.

An den nun einsetzenden Gegenaktionen der Leipziger Arbeiter beteiligte sich auch die „Revolutionäre Studentengruppe“ aktiv. Mit einer Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 30. November 1918 begrüßte sie die rote Fahne „als Symbol der neuen Zeit“.

Zwar wurde unter dem Druck der empörten Werktätigen das Banner der Revolution erneut über dem Augusteum gehißt, aber das Reagieren der Führer im Arbeiter- und Soldatenrat, die diese Tat als „Wichtigen Studentenstreik“ harsch kritisierten, ermunterte zu neuen Provokationen. Kaum wehte die rote Fahne wieder über der Universität, schickten sich reaktionäre Studenten an, sie erneut herunterzuholen.

Eine vom Rektor genehmigte Studentenversammlung legitimierte diesen Streich, und nur eine kleine Zahl revolutionärer Kommilitonen

hatte trotz der Drohungen der farbenstrahlenden Verbindungen den Mut, gegen einen entsprechenden Antrag zu stimmen. Die herbeigeeilten bewaffneten Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates vermochten den Gang der Ereignisse nicht mehr aufzuhalten. Nachdem Rektor Hölzer am 30. November auf Betreiben von Vertretern der reaktionären Mehrheit des Lehrkörpers und der Studentenschaft zurückgetreten war, solidarisierte sich dessen Nachfolger Kittel, der nunmehr erneut die Geschicke der Universität leitete, in einer Studentenversammlung am 2. Dezember ausdrücklich mit der Beseitigung der roten Fahne. Er erklärte: „Sie sollen wissen, daß Sie darin nicht allein stehen und daß Ihnen Ihre Lehrer gern als Ratgeber und Freunde zur Seite stehen.“

Kesseltreiben gegen Hans Bohla

Die Urheber der Flaggenprovokation nutzten ihre Straffreiheit ungehindert aus, um ein Kesseltreiben gegen den Vertreter der „Revolutionären Studentengruppe“, Hans Bohla, zu inszenieren. Am 16. Dezember befand das Plenum des Universitätsgerichts ihn für schuldig, „die Sitte des akademischen Lebens und die Würde der Universität so-

wie seine Ehre als Studierender derselben verletzt zu haben“. Bohla mußte nach einem Consilium abeundi die Universität für sechs Monate verlassen.

Diese Vorgänge waren in vielerlei Hinsicht symptomatisch. Sie bestätigten die Schwäche der revolutionären Kräfte und deren unzureichende Orientierung auf die Gewinnung sowie den Ausbau der politischen Macht. Das begünstigte nicht zuletzt die Sammlung der Konterrevolution, die an der Universität eines ihrer wesentlichsten Zentren besaß.

„Streik“ brach schmählich zusammen

Seit dem 17. November gab es in Leipzig einen „Bürgerausschuß“, der bald 180 Organisationen der Bourgeoisie repräsentierte. Von ihm gingen alle Anstrengungen aus, die revolutionäre Entwicklung zu beenden. In diesem Bürgerausschuß spielte der Historiker Goetz eine Hauptrolle. Er und seine Gesinnungsfreunde sprachen der Novemberrevolution und den in ihr entstandenen Machtorganen jegliche Legitimation ab. Diese müsse ebenso wie die Arbeiter- und Soldatenräte durch Einberufung einer Nationalversammlung und Verkündung einer bürgerlichen Verfassung rasch beendet bzw. beseitigt werden.

In diesem Ziel trafen sie sich zeitweilig mit den Absichten reaktionärer und konservativer Kreise. Als am 26. Februar 1919 40 000 Leipziger Arbeiter für ihre Forderungen nach Anerkennung der Räte und nach Sozialisierung in den Generalstreik traten, organisierte der Bürgerausschuß einen „Streik“, mit dem die Lebensmittelversorgung und die Dienstleistungen - einschließlich der Krankenversorgung - verweigert wurden. Diesem Streik schloß sich auch die Universität an. Dank der Gegenmaßnahmen der Leipziger Arbeiter brach er jedoch schmählich zusammen.

Eine zeitweilige Schließung der Universität begründete der Akademische Senat mit der „ersten politischen Lage“ nach der Entscheidung der Münchener Räterepublik. Letztlich sollte aber durch diese Maßnahme den Studenten eine Teilnahme an der Niedererschlagung der bewaffneten Arbeiter bzw. ihre Eingliederung in den „Grenzschutz“ zur Befriedung des deutschen Ostens“ ermöglicht werden.

Leipzig wurde bereits am 11. Mai 1919 von der Reichswehrbrigade unter General Mærker besetzt. Damit hatte auch hier die so hoffnungsvoll besessene Novemberrevolution eine Niederlage erlitten.

Prof. HELMUT ARNDT (Aus: Alma mater Lipsiensis, Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, Berlin 1961, S. 229-232)

Erklärung!

Beim in UZ Nr. 4, 26. Oktober 1938, erschienenen Artikel über die Leipziger Revolution... (Text continues with a detailed explanation of the historical context and the author's perspective on the events of 1918-1919.)

Die Lehrer, Beamten und Studenten der Universität

Auch an anderen Universitäten war man nicht gerade novemberrevolutionärsfreundlich. Hier der Protest der Universität Gießen gegen das Aufziehen einer roten Fahne.

In unserer Berliner Zeitung haben wir heute zu unserer großen Überraschung gedruckt die Überschrift gelesen: Schreckensherrschaft in Leipzig! Ihr braucht Euch durch diese Meldung nicht erschrecken zu lassen. Wir haben von einer solchen Schreckensherrschaft gar nichts gemerkt. Nur auf dem Augustusplatz gab es einige Demonstrationen als Eröffnung eines zu Ehren des verstorbenen Liebknecht und der Rosa Luxemburg veranstalteten Streiks, der aber heute größtenteils schon vorbei ist.

Nur unser Kollege Volkelt und der Rektor Kittel sind etwas von diesen Demonstrationen tanzt worden. Volkelt ging vor seiner Vorlesung in der Wandelhalle spazieren, als einige Spartakisten eindringen und ihn aufforderten, seine Waffen abzugeben. Da er sich dessen weigerte, weil er solche nicht besitzt, so wollten sie ihn auf die Herberge der Matrosen mitnehmen, um ihn dort einer Leibesvisitation zu unterziehen, und dieselbe Manipulation wollten sie mit dem Rektor vornehmen. Da die Studenten ins Mittel traten und die unbefugten Gäste aus der Wandelhalle hinauskomplimentierten.

Volkelt soll sich nach dem Zeugnis seiner Frau sehr tapfer benommen und nachträglich selber über die Sache gelacht haben. Sonst sind noch sehr viele Wahlhelfer der bürgerlichen Parteien auf dem Augustusplatz verurteilt worden...

(Brief vom 19. 1. 1919)

MIT SOLCHER ART AUFRUFEN UND PLAKATEN HETZTE DIE REAKTION



PROTEST

der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft der Universität

Wir Studenten der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Leipzig protestieren gegen die Relegation unseres Genossen stud. germ. Hans Bohla. Er ist relegiert worden, weil er den A- und S-Rat zu Hilfe gerufen hat, um das Herabreißen der roten Fahnen vom Universitätsgebäude zu verhindern. Er hat in dem ehrlichen Bestreben, der Studentenschaft zu dienen und eine Schließung der Universität zu vermeiden, gehandelt. Wir wenden uns aufs schärfste dagegen, daß Bohla von Mitgliedern des Studentischen Vertretungsausschusses zur Verantwortung gezogen wurde, die auf eine keineswegs einwandfreie Weise gewählt worden sind.

Wir wenden uns ferner dagegen, daß Bohla vom Universitätsgericht wegen einer Handlung be-

straft worden konnte, wegen derer ihm nach Aussage juristischer Autoritäten jedes bürgerliche Gericht freigesprochen hätte. Die akademische Ehre, die Bohla verletzt haben soll, besteht in unseren Augen nicht. Wir anerkennen nur die Ehre, die jedem Menschen gleichviel, welchem Stand er angehört, zusteht. Deshalb müssen wir es auch ablehnen, unseren Genossen Bohla zu einem Gnadenbesuch beim Ministerium zu ermuntern.

Wir fordern ein Urteil, das frei vom Beigeschmack einer Klassenjustiz lediglich das juristisch Strafbare an der Angelegenheit berücksichtigt.

I. A. der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft
JOACHIM VOGEL
Stud. Jur.

Dokumente aus dem Archiv der Universität

Prof. Dr. Rudolf Kittel (1853-1929) anlässlich des Rektorwechsels vom 31. 10. 1919

Die Universität hat beim Ausbruch der Revolution von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich als eine der Wissenschaft, nicht der Politik gewidmete Korporation betrachte. Sie hat dementsprechend erklärt, daß sie sich unbeschadet der persönlichen Überzeugung jedes einzelnen, als Korporation ehrlich auf den Boden der Tatsachen stelle. Trotzdem sollten gewissen Reibungen, nicht sowohl mit der neuen vorgesetzten Behörde, als mit einzelnen wirklichen oder angeblichen Organen der örtlichen Gewalten, nicht ausbleiben.

Der Rektor als auch die Studentenschaft in ihrer erdrückenden Mehrheit waren bei aller Anerkennung der neuen Zustände doch nicht geneigt, sich die Gesetze ihres Handelns durch örtliche Instanzen verschreiben zu lassen. Soweit die Universität sich nicht auf verbrieft Freiheiten berufen konnte, hat sie offenkundig in Zeiten des Belagerungszustandes streng dar-

auf gehalten, ausschließlich ihrem vorgesetzten Ministerium Gehorsam zu schulden. Der erste Versuch eines gewaltsamen Eingriffes durch Hissung eines der Universität als solcher fremden Hoheitszeichens auf dem Dache der Universität wurde von der Studentenschaft eigenmächtig durch kecken Handstreich auf dem Weg einer „nächtlichen Kletterpartie“, wie es hieß, vereitelt. Die zwangsweise Herstellung führte zu stürmischen Szenen, in deren Verlauf der Arbeiter- und Soldatenrat glaubte, zur Verhütung einzelner Studenten schreiten zu dürfen, ein Unterfangen, das freilich sofort mit der gewaltsamen Befreiung der Gelfangenen durch die Kommilitonen beantwortet wurde...

In der Fahnenfrage gelang es, durch persönliche Verhandlungen zwischen der Universität - Rektorat und Studentenschaft - einseitig und dem Ministerium und dem

A- und S-Rat andererseits zu einer Vereinbarung zu gelangen, die uns bisher weitere Eingriffe nach dieser Richtung hin erspart hat. Die Ruhe selbst war aber weder in der Studentenschaft noch in dem Teil der Bevölkerung, der dem A- und S-Rat ergeben war, hergestellt.

Wenige Tage darauf wurde sogar von einer auswärtigen Organisation aus dem Roten Soldatenrat oder Sicherheitsdienst Kessel-Hof-Leipzig, mit einem beträchtlichen Aufgebot von Truppen und unter Vorwissen und Duldung des hiesigen A- und S-Rates der Versuch gemacht, den Vorsitzenden des Studentenausschusses zuerst in seiner Wohnung und hernach in der von Truppen vollständig umstellten Universität dingfest zu machen. Der Versuch scheiterte, da sich der Genannte erst in der Lesehalle und hernach nichtahnend, aber um so vergnüglicher beim Abendbrot in einer Wirtschaft befand.